



## Energiewende bei uns – weiter so mit voller Power



Wir sind in Deutschland auf einem sehr guten Weg, um die Energiewende zu schaffen. Die Produktion von Strom aus Wind und Sonne stieg im Jahresvergleich während der Wintermonate um ein Drittel auf ein neues Rekordhoch. Insgesamt wurden 2023 mehr als 260 Terawattstunden (TWh) mit erneuerbaren Energien gewonnen und nur 169 TWh aus nicht erneuerbaren – fossilen – Energien. Der Importüberschuss betrug lediglich 8,6 TWh (Quelle: BR24, Datenbank „Energy Charts“).

Allen Unkenrufen zum Trotz gab es hierzulande trotz Abschaltung der Kernkraftwerke im Winter keine Stromknappheit. Und es musste auch nicht häufiger auf Kohlekraftwerke zurückgegriffen werden. Ganz im Gegenteil: 2023 verbrannte Deutschland so wenig Kohle in Kraftwerken wie zuletzt 1959. Und dieser

Abwärtstrend bei der Kohleverstromung setzte sich im Winter weiter fort. So wurden in diesem Winter 29 % weniger Kohle verbrannt als im Jahr zuvor.

Um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern weiter zu verringern, wird der Ausbau erneuerbarer Energien auch im Landkreis München und in unserer Gemeinde weiter vorangetrieben. Basis hierfür ist die „29++ Klima. Energie. Initiative.“ des Landkreises, der sich auch die Gemeinde Grasbrunn angeschlossen hat. Ziel ist es, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2030 auf 65 % gegenüber 1990 zu reduzieren.

Auf dem Weg dahin ist die Zahl der Photovoltaikanlagen (PV) auf den Dächern in der Gemeinde weiter angestiegen; südlich von Grasbrunn wurde eine Freiflächen-Photovoltaikanlage errichtet, eine weitere ist an der Autobahn geplant. Aktuell steht Grasbrunn damit beim „Wattbewerb“ auf einem respektablem 7. Platz von insgesamt 132 teilnehmenden Gemeinden (<https://plattform.wattbewerb.de/ranking>). Da bei Freiflächenanlagen immer

auch Flächen verloren gehen, die z.B. für die Landwirtschaft genutzt werden können, wollen wir Grünen vorrangig die Zahl der PV-Anlagen auf Dächern vermehren.

Auch der Ausbau der Windkraft wird in der Gemeinde vorangetrieben. So hat der Gemeinderat am 26.09.2023 den Feststellungsbeschluss zum „Sachlichen Teilflächennutzungsplan Windkraft“ gefasst. Damit werden rechts-sicher Flächen ausgewiesen, in denen Windräder gebaut werden können. Zugleich wird damit verhindert, dass InvestorInnen ein Windrad auf anderen Flächen errichten können. Einziger Wermutstropfen für uns Grüne: Alle Flächen liegen aufgrund der gesetzlichen Vorgaben im Wald. Für jedes Windrad müssen also Bäume weichen, die ihrerseits das Klima schützen.

Inzwischen hat sich die Gemeinde mit anderen Gemeinden zur Arbeitsgemeinschaft „Arge Wind LKM Südost“ zusammengeschlossen, um den Ausbau der Windkraft gemeinsam voranzutreiben.

Max Walleitner



## Mobilität – von Brüssel bis Grasbrunn



Wie die TÜV Mobility Studie 2022 zeigt, wünschen sich die meisten Menschen (56 %) für die Mobilität der Zukunft vor allem ein breites Angebot im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). In unserer Gemeinde konnte die Anbindung an die S-Bahnhöfe durch eine engere Taktung der Busse zwar schon deutlich verbessert werden; an der Erreichbarkeit der Fahrtziele muss aber noch gearbeitet werden. Bei der Europawahl 2024 stehen die Grünen im Europaparlament für einen starken Ausbau und eine höhere Attraktivität des ÖPNV-Angebots. Dabei sind nicht nur der Preis und die Zuverlässigkeit entscheidend, sondern z.B. auch, dass man sein eigenes Fahrrad mitnehmen kann.

Nach dem großen Erfolg des Deutschland-Tickets wollen die Grünen europaweit ein ähnliches Flatrate-Prinzip ermöglichen. Ziel ist es, dass jeder europaweit einfach und zu einem fairen Preis per Bahn reisen kann. Nach dem Vorbild der Luftfahrt soll der Ticketkauf bei grenzüberschreitenden Fahrten einfacher werden. Damit würde es in Zukunft für uns alle unkomplizierter und attraktiver, das Auto auch bei Auslandsreisen öfter stehen zu lassen. Das schont nicht nur die Umwelt, sondern auch den eigenen Geldbeutel. Die hohe Nachfrage nach Fahrten mit den Nachtzügen der ÖBB (Nightjets) zeigt den Wunsch nach komfortablen Reisen, mit denen sich weite Strecken nachhaltig und entspannt „im Schlaf“ zurücklegen lassen. Deswegen wollen sich die Grünen europaweit für eine Förderung der Schlafwagen einsetzen.

Im Individualverkehr stehen Bündnis 90/Die Grünen neben dem weiteren Ausbau der Radwegenetze für einen möglichst hohen Anteil an Elektro-Autos. Verbrennermotoren oder Brennstoffzellen, die mit E-Fuels (mit Strom erzeugte, künstliche Kraftstoffe) betrieben werden, sind keine echte Alternative. Nach aktuellem Stand ist ihr Einsatz nur im Schiffs- und Luftverkehr sinnvoll. Im Straßenverkehr haben E-Fuels zwei entscheidende Nachteile:

### • Geringe Energieeffizienz:

- E-Fuels haben mit 10–15 % einen deutlich schlechteren Wirkungsgrad als Elektromotoren mit Batterie (70–80 %), d.h. man muss bei

E-Fuels viel mehr Strom verwenden, um die gleiche Menge an verwendbarer Energie zu erhalten.

(ADAC, 2022, Kraftstoffe der Zukunft im Test: Sind E-Fuels wirklich umweltfreundlich?)

- Auch für klimaneutrale E-Fuels benötigen wir einen Ausbau erneuerbarer Energien. Im Endeffekt braucht ein mit E-Fuels angetriebenes Auto für dieselbe Strecke 6- bis 7-mal so viel Strom wie ein E-Auto.

(VDE, 2021, Antriebsportfolio der Zukunft)

### • Absehbarer Mangel:

(PIK Potsdam, 2023, E-Fuels - Aktueller Stand und Projektionen)

- Alle weltweit geplanten Produktionsanlagen für E-Fuels können bis 2035 nur 10 % des deutschen Bedarfs der Chemie-, Schiff- und Luftfahrtindustrie decken.

(Annahme: Finanzierung aller Anlagen funktioniert)

- Selbst im günstigsten Fall decken wir nur 50 % des deutschen Bedarfs dieser Industrien. (Entwicklungsprognose ähnlich wie erfolgreichste Technologieskalierung: Solar/Photovoltaik)

- Anders als bei PKW gibt es aktuell keine sinnvollen Alternativen für die Chemie-, Schiff- und Luftfahrtindustrie, sodass wir in diesen Bereichen auf E-Fuels angewiesen sind.

Marius Jakob

9. Juni Europawahl!



9. Juni Europawahl!



### Das Froschbarometer

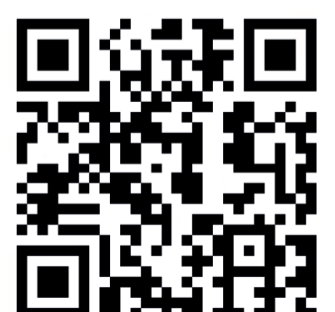
#### Geothermie für Grasbrunn

Der Gemeinde Grasbrunn ist ein wichtiger Schritt in Richtung klimafreundlicher Wärmeversorgung gelungen. Ende November wurde gemeinsam mit den Gemeinden Haar, Vaterstetten und Zorneding eine Bohrgesellschaft zur Förderung von Thermalwasser zur Wärmeversorgung gegründet, an der Grasbrunn mit 25 % beteiligt ist. Die neue Gesellschaft, die „GeoEnergie MünchenOst“ (GEMO), soll das Projekt als eigenständiges Unternehmen führen. Zum Aufsichtsratsvorsitzenden wurde Grasbrunns Erster Bürgermeister Klaus Korneder gewählt.

Zur Umsetzung des Projektes hat Vaterstetten nahe der Rastanlage Vaterstetten Ost an der A 99 ein rund 15.000 m<sup>2</sup> großes Grundstück erworben, das der Bohrgesellschaft von der Gemeinde Vaterstetten mit einem Erbpachtvertrag zur Verfügung gestellt wird. Erste archäologische Untersuchungen sind bereits abgeschlossen und auch eine Aufsuchungserlaubnis – und damit das Recht, den Bodenschatz „Wärme“ wirtschaftlich zu nutzen – liegt bereits vor. Somit kann ein Antrag für das Förderprogramm „Bundesprogramm effiziente Wärmenetze“ (BEW) gestellt werden, aus dem sich die Gemeinden bis zu 40 % Zuschuss für das Projekt erhoffen. Der Zeitplan ist ehrgeizig: Schon Anfang 2025 soll gebohrt werden – mit dem Ziel, 2026 erste BürgerInnen mit Fernwärme zu versorgen.

Mitchell Nelson

Newsletter



Newsletter

Für Neuigkeiten, Veranstaltungen und Informationen. – Jetzt unseren Newsletter abonnieren!

# Wir entscheiden bei der Wahl, ob unsere Landwirtschaft eine Zukunft hat

Entscheidende Weichen dafür, ob in Bayern kleine und mittelständische Landwirtschaftsbetriebe eine Zukunft haben, werden in Brüssel gestellt. Dort werden im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) die Rahmenbedingungen festgesetzt, unter denen auch in Bayern produziert wird – und dort sind bisher unter Federführung der EVP/CSU die entscheidenden Fehler gemacht worden. „Demagogische Hetzer“ wollen uns weismachen, dass die weitere Subventionierung des Agrar-Diesels ausreicht, um der Landwirtschaft eine Zukunft zu ermöglichen. Tatsächlich macht diese Subvention nur einen sehr kleinen Teil der Einkünfte aus und reicht keineswegs zur Existenzsicherung. Im Gegenteil – sie erzeugt einen Fehlreiz, der zu weiterem Anstieg des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und langfristig zu Wasserknappheit führen wird.

Das Hauptproblem ist aber, dass die BäuerInnen nicht genug für ihre Produkte bekommen, um ihre Existenz und ihr Auskommen zu sichern. **Dieses Problem können nur wir alle in unserer Funktion als Verbraucher sowie die EU künftig mit einer vernünftigen GAP lösen.**

Wer gentechnikfreie Lebensmittel kaufen wollte, konnte sich bisher darauf verlassen, dass er diese beim Kauf regionaler landwirtschaftlicher Produkte auch erhielt. Durch die Freigabe der „neuen“ AGRO-Gentechnik (Stichwort Genschere „CRISPR/Cas“) unter Federführung von Manfred Weber (CSU) wird sich das in Zukunft ändern, wenn die anderen EU-Gremien diesem Schritt des EU-Parlaments folgen.



Zudem haben CSU, Freie Wähler und andere konservative Kräfte schon in der Vergangenheit internationale Handelsabkommen forciert und unterstützt, mit denen Regelungen zum Verbraucherschutz unterlaufen werden. Sie setzen die LandwirtInnen damit ungeschützt der internationalen Konkurrenz aus, die solche Regelungen nicht hat. Der Abbau von verbraucher- und umweltschützenden Re-

geln ist der falsche Weg! Wir fordern stattdessen eine **Erschwerung bzw. Verteuerung des Imports von internationalen Produkten, die unsere ökologischen Standards und Verbraucherschutznormen nicht erfüllen.**

Der inländische Markt wird überschwemmt mit billigen landwirtschaftlichen Produkten, die illegal produziert (Rindfleisch aus dem Amazonasgebiet), unter Umgehung von Sank-

tionsnormen exportiert (Getreide aus der Ukraine) oder in den Herkunftsländern durch illegale Beihilfen verbilligt werden. Das muss mit einer strikten Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) und notfalls mit Zöllen unterbunden werden.

LandwirtInnen müssen weiterhin in der Wertschöpfungskette gestärkt werden – durch europaweite Regelungen, die das Preisdumping im Lebensmittelbereich beenden. Es darf keine Patente auf Pflanzen geben. Bäuerliche Betriebe, die mit ihren Leistungen nachhaltigen, regionalen, vielfältigen und tierschutzkonformen Konsum ermöglichen, müssen dafür mit Zahlungen belohnt werden, die auch in Zukunft planungssicher sind.

**Und wir brauchen einen Pakt zwischen BürgerInnen und der Landwirtschaft. Im internationalen Vergleich ist der Anteil des Einkommens, der hierzulande für Lebensmittel ausgegeben wird, äußerst gering.** Nur wenn wir bereit sind, mehr für regionale und/oder heimische ökologisch produzierte Lebensmittel auszugeben und das auch tun, können kleine und mittelständische bäuerliche Betriebe in Bayern überleben.

Ein wichtiger Baustein wäre der Abbau der Bürokratie, mit dem wir noch vor der Europawahl beginnen könnten, wenn der politische Wille da wäre. Denn viele der Formulare und Hürden sind keine Brüsseler Erfindung, sondern in Bayern geschaffen worden, z. B. die FAL-BY-App zur Überwachung von LandwirtInnen.

Max Walleitner

## Europawahl 2024: Was die AFD wirklich will

Seit Monaten gehen Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße und setzen sich für eine vielfältige Gesellschaft ein. Damit treten sie der AFD und anderen Rechtsextremen entgegen, die viele unserer demokratischen Errungenschaften abschaffen wollen. Das zeigt sich glasklar auch im Wahlprogramm der AFD für die Europawahl, das eigentlich ein EU-Zerstörungsprogramm ist und unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand bedroht. Lesen Sie hier, wie die AFD die EU von innen aushöhlen will und was wir GRÜNE dem an europafreundlicher Politik entgegensetzen.

**AFD Die EU wird als „undemokratisches und reformunfähiges Konstrukt“ abgelehnt. Stattdessen wird die Neugründung eines „Bundes europäischer Nationen“ angestrebt – eine europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft auf ausschließlich nationalstaatlicher Ebene.**

Die EU steht für Schutz und Frieden sowie für sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem geeinten Europa. Gerade in einer Welt voller Konflikte schützt ein starkes Europa unsere Freiheit, unsere Sicherheit, unsere Würde und unseren Wohlstand, den wir anhand von Gerechtigkeit, Klimaneutralität, Lebensqualität und Vorsorge definieren. Kein Land in Europa ist diesen Aufgaben allein gewachsen. Gemeinsam in der EU aber sind wir es.

**AFD Das „undemokratisch gewählte“ EU-Parlament soll abgeschafft werden.**

Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit einschließlich der Rechte von Minderheiten bildet das Fundament der EU. Für eine Stärkung unserer gemeinsamen Werte setzen wir auf eine zwischen Rat, Kommission und Europäischem Parlament besser abgestimmte, sich gegenseitig verstärkende Anwendung aller Rechtsstaatsinstrumente. Um

Demokratisierung und Bürgernähe noch mehr zu fördern, wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter stärken.

**AFD Das Schengen-Abkommen, das stationäre Grenzkontrollen an den Binnengrenzen abgeschafft hat und damit die Freizügigkeit in teilnehmenden EU-Staaten regelt, soll umfassend reformiert werden. Anstelle des Schengen-Raums sollen „konsequente und effektive Grenzkontrollen“ treten.**

Das EU-Bürgerinnen und -Bürger in jedem Mitgliedstaat arbeiten, reisen und leben können, ist ein Grundprinzip der EU. Das eröffnet enorme Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU. Eine massive Einschränkung der Freizügigkeit von EU-ArbeitnehmerInnen hätte erhebliche Folgen – auch und gerade für Pflegekräfte. Wir unterstützen deshalb das Modell des grenzüberschreitenden Lebens und Arbeitens und setzen uns für eine bessere Koordinierung der nationalen Sozialversicherungssysteme ein.

**AFD Die Harmonisierung des europäischen Verbrauchsteuerrechts wird abgelehnt.**

Das Verbrauchsteuerrecht regelt die Besteuerung des Verbrauchs oder Gebrauchs von Gütern des täglichen Konsums. Der Flickenteppich nationaler Steuervorschriften erschwert faire Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt. Wir unterstützen deshalb die Harmonisierung des europäischen Verbrauchsteuerrechts. Wenn dies nicht erfolgt und in jedem Land andere Regeln für den Markt gelten, erschwert das erheblich den Handel, was insbesondere Deutschland als Exportnation treffen würde.

**AFD Die Währung Euro wird als „Fehlkonstruktion“ angesehen, die keine Legitimität besitzt. An ihre Stelle soll die „neue Deutsche Mark“ treten.**

Eine stabile und solidarische Wirtschafts- und Währungsunion ist eine Grundvoraussetzung für Wohlstand und politischen wie sozialen Zusammenhalt in Europa. Die Architektur der Währungsunion muss und wird stetig weiterentwickelt. Mit dem neuen Investitionsprogramm für Innovation, Souveränität und Resilienz verstetigen wir die gemeinsame Fiskalpolitik – auch als wichtigen Puffer für Krisenzeiten. Da eine widerstandsfähige Währungsunion auch funktionierende Regeln für die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten braucht, setzen wir uns für eine Reform ein, die mehr Transparenz und mehr Spielraum für Investitionen schafft und von der Kommission konsequent durchgesetzt wird.

**AFD Die Ertragsbesteuerung von Unternehmen soll weiterhin dem Betriebsstättenprinzip folgen.**

Bei multinationalen Unternehmen kommt es immer wieder zu Diskussionen über die Definition von Betriebsstätten und die Zuteilung von Gewinnen zwischen verschiedenen Betriebsstätten; dies eröffnet die Möglichkeit, Steueroasen zu nutzen. Auf dem Weg zu einer fairen und effektiven Unternehmensbesteuerung in Europa hat die EU bereits einen großen Schritt getan, indem sie sich auf eine Mindestbesteuerung großer multinationaler Unternehmen von 15 Prozent geeinigt hat. Damit können diese sich einem Mindeststandard an Besteuerung nicht mehr entziehen. Neben der derzeitigen Umsetzung in den Mitgliedstaaten müssen und werden weitere Maßnahmen folgen, um Steueroasen noch besser auszutrocknen.

**AFD Der menschengemachte Klimawandel wird in Frage gestellt; der „Green Deal“ der EU und dessen rechtliche Umsetzung werden abgelehnt. Auch jede Form der CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die auf „irrationaler CO<sub>2</sub>-Hysterie“ beruht, wird zurückgewiesen.**

Um die Klimaziele zu erreichen, braucht Europa eine echte Energieunion mit effizienter und nachhaltiger Energieversorgung, die die Potenziale und Kostenvorteile der erneuerbaren Energien auf dem gesamten Kontinent nutzt und miteinander verbindet. Wir sind schon weit gekommen – mit dem „Green Deal“ wurden EU-weit viele richtige Weichen gestellt. Ab 2050 soll Europa keine Treibhausgase mehr ausstoßen. Um die Wirtschaft in Einklang mit den planetaren Grenzen zu bringen, setzen wir uns für die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft und Infrastruktur ein. Dies ist für uns kein Selbstzweck, sondern der Schlüssel zu Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand, zu Lebensqualität, guten Arbeitsplätzen und fairen Löhnen und zur Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Dr. Claudia Schöllmann

### Impressum



Das Grüne Blatt wird herausgegeben von



**Kontakt:**  
E-Mail: [vorstand@gruene-grasbrunn.de](mailto:vorstand@gruene-grasbrunn.de)  
**Redaktion:**  
Dr. Inge Ziegler, Thorsten Kanwischer  
[www.gruene-grasbrunn.de](http://www.gruene-grasbrunn.de)  
Vi.S.d.P. Grüne OV Grasbrunn  
Christina Hegenberg, Thorsten Kanwischer  
Landesverband Bayern  
Franziskanerstr. 14  
81669 München  
Layout: Tobi Jagalski, [tobi@jagalski.net](mailto:tobi@jagalski.net)  
**Bildnachweis:**  
Autoladesäule - Dr. Inge Ziegler  
Solarzellen auf Dach - Wolfgang Schneidt  
Lokaler Markt Landwirtschaft - Mitchell Nelson  
Autoteiler - Dr. Inge Ziegler